

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

04.07.2022

Inhalt

EWN

1 Ist Kernkraft wieder eine Option? <i>FAZ.NET, 01.07.2022</i>	3
2 Wir sollten die Kernenergie nutzen, um unsere Energieabhängigkeit zu reduzieren <i>Handelsblatt.com, 04.07.2022</i>	5
3 Gutachten-Entwurf: Atommüllzwischenlager nicht notwendig <i>Welt.de, 03.07.2022</i>	7

FAZ.NET | 01.07.2022

WEBLINK

Ist Kernkraft wieder eine Option?

Deutschland debattiert über längere Laufzeiten für Atomkraftwerke. Wie realistisch ist diese Debatte? Die wichtigsten Fragen und Antworten.

Wäre der Weiterbetrieb der drei letzten Kernkraftwerke auf sichere Weise technisch möglich?

Rein technisch betrachtet spricht dafür Einiges. Der Nuklearverband Kerntechnik Deutschland, früher Deutsches Atomforum genannt, versichert, dass die Anlagen alle Sicherheitsanforderungen erfüllten und aus technischer Sicht weiterlaufen könnten. Das zuständige Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) widerspricht dieser Einschätzung nicht grundlegend. Natürlich seien die Atomkraftwerke (AKW) sicher, heißt es, sonst wären sie ja nicht am Netz. Die Technik verhalte sich am 1. Januar 2023 nicht anders als am 31. Dezember 2022. Aber die Kraftwerke seien unternehmerisch, personell und in der Brennstoffbeschaffung nun einmal auf ein Aus des Leistungsbetriebs zum Jahresende eingestellt.

Diese „organisatorischen und menschlichen Faktoren sind ganz entscheidend für die Sicherheit“, teilt das Haus von Steffi Lemke (Grüne) mit. „Deshalb ist wegen solcher Umstände ein erhöhtes Risiko für den Betrieb wahrscheinlich.“ Die Bundesregierung, jedenfalls der grüne Teil davon, ist also der Ansicht, dass der Weiterbetrieb zwar technisch möglich ist, aber nur, wenn man die Sicherheitserfordernisse zurückstellt und wenn der Staat die Risiken übernimmt. Dazu ist Berlin nicht bereit. Dort ist zu hören, auch die Betreiber selbst hielten Laufzeitverlängerungen nur unter der Maßgabe für möglich, dass es Abstriche bei den Sicherheitsüberprüfungen und den Nachrüstungsanforderungen gebe.

Was sagt der TÜV

In Bayern hat das Umweltministerium den TÜV Süd um eine Prüfung gebeten, ob das Kernkraftwerk Isar 2 von Preussen-Elektra/Eon aus technischer Sicht am Netz bleiben könnte. Das Ergebnis, das der F.A.Z. vorliegt, ist eindeutig: „Aus technischer Sicht bestehen gegen den weiteren Betrieb nach dem 31.12.2022 keine Bedenken.“ In der Bundesregierung wird dieses Gutachten aber sehr kritisch gesehen, vor allem die Vorstellung, die notwendigen Sicherheitsprüfungen

ließen sich quasi „nebenbei“ erledigen. Für bedenklich hält man dort auch das Argument, das Ausbleiben der letzten großen Sicherheitsüberprüfung heiße nicht automatisch, dass es Abstriche an der Schadensvorsorge gebe.

Wie steht es um die Periodischen Sicherheitsüberprüfungen (PSÜ), die Grundlage für einen risikofreien Betrieb sind?

Eigentlich schreibt das Atomgesetz diese Herz- und Nieren-Tests alle zehn Jahre vor. Anders als etwa in Frankreich, wo die Kraftwerke mehrere Monate lang stillstehen, erfolgen die Überprüfungen in Deutschland während des Betriebs, erstrecken sich dann aber über Jahre. Die letzten PSÜ wären 2019 fällig gewesen. Doch hat der Gesetzgeber angesichts der bevorstehenden Abschaltungen über eine Ausnahmebestimmung im Atomgesetz eine Zusatzfrist von drei Jahren gewährt. Im Gegenzug verpflichteten sich die Betreiber noch einmal ausdrücklich, den Betrieb anschließend einzustellen. Das BMUV sagt, 13 Jahre ohne PSÜ seien das Maximum, die Frist könne keinesfalls ausgedehnt werden: „Ein zusätzlicher Betrieb durch eine Laufzeitverlängerung würde ohne die Erkenntnisse aus einer PSÜ erfolgen und deshalb ein nicht hinnehmbares Risiko darstellen.“ Der Atomausstieg Ende des Jahres sei auch deshalb „zwingend“.

Was sagen Experten zur Notwendigkeit der PSÜ?

Fachleute teilen die Bedenken der Bundesregierung. Ein Verzicht auf die PSÜ bedeute, dass die Anlagen möglicherweise nicht mehr den aktuellen Sicherheitsanforderungen entsprächen, sagt etwa Nikolaus Müller vom Institut für Sicherheits- und Risikowissenschaften in Wien. In den drei AKW sei vermutlich auch auf Nachrüstungen verzichtet worden, die sich nicht mehr gelohnt hätten. Anzunehmen sei deshalb ein „Nachrüstungsstau“, so der Wissenschaftler: „Ohne PSÜ wäre nicht davon auszugehen, dass die Anlagen die aktuellen Sicherheitsanforderungen erfüllen.“ Hingegen argumentiert die Branche, dass es keinerlei Anzeichen dafür gebe, dass wegen der ausgebliebenen PSÜ Defizite in der Sicherheitstechnik unentdeckt

geblieben seien. Kernkraftwerke unterlägen der permanenten Aufsicht und den regelmäßigen Prüfungen durch die zuständigen Behörden, die Mängel entdecken würden. Auch die Gesellschaft für Reaktorsicherheit GRS ist der Ansicht, dass sich die PSÜ nachholen ließen, sofern das Atomgesetz entsprechend geändert würde.

Bis wann reicht der Brennstoff für die Reaktoren?

Mit den vorhandenen Brennstäben könnten die Meiler, je nach Stromproduktion, etwas über den geplanten Stilllegungstermin hinaus weiterlaufen, aber nicht in Vollast durch den gesamten Winter 2022/2023. Dafür müsste neues Uran beschafft werden. Das ist am Markt vorhanden, nicht nur in schwierigen Ländern wie Russland oder Kasachstan, sondern auch in befreundeten wie Kanada oder Australien. Aber der Einkauf sowie die Auf- und Vorbereitung des Brennstoffs für die einzelnen Kraftwerke dauern zwölf bis 18 Monate. Das sagt nicht nur die Bundesregierung, das bestätigt auch der Atomverband KernD: Falls sich die Lieferanten auf eine Priorisierung einließen, wären zwölf Monate möglich, doch kämen die frischen Brennstäbe für den kommenden Winter auch dann zu spät. Eine Möglichkeit wäre die Streckung, also die längere Ausnutzung des vorhandenen Brennstoffs. Dazu könnte die Leistung im Sommer zurückgefahren werden. Das setzt voraus, dass andere Energiequellen die nukleare Stromproduktion übernehmen.

Also bringt die Kernkraft für kommenden Winter nichts?

Dazu gehen die Meinungen auseinander. Der Pro-Atom-Verein Nuklearia ist überzeugt, dass die Kernkraft schon im Winter 2022/2023 „wesentliche Beiträge“ zur Stromerzeugung liefern könnte. Denn die Brennstäbe in den Reaktorkernen seien zu unterschiedlichen Zeiten beschafft worden und verlören daher nicht alle gleichzeitig ihre Wirkung. Die noch nicht ausgebrannten Stäbe könnten die Stromerzeugung mit verminderter Leistung mindestens drei Monate lang fortsetzen, also bis März 2023. Mittels Neuordnung der Brennelemente seien sogar sieben Monate möglich. Ganz ohne neues Uran ließen sich in dieser Zeit mindestens 19 Terawattstunden (Twh) Strom erzeugen, womit 3,5 Milliarden Kubikmeter Gas aus Russland ersetzt werden könnten. Der TÜV Süd kommt für Isar 2 zu ähnlichen Ergebnissen. Die „Reaktivitätsreserven“ im vorhandenen Reaktorkern ermöglichen den Weiterbetrieb im neuen Jahr für 80 Tage. Anschließend liege weiteres Potential im Umsetzen der Brennelemente im Kern. Durch beide Verfah-

ren ließen sich bis August 2023 ohne neues Material 5,2 Twh Strom erzeugen. Anschließend stehe dann das neue, jetzt zu bestellende Uran zur Verfügung.

Ist ein Wiederhochfahren der drei 2021 abgeschalteten AKW denkbar?

Selbst der Nuklearverband sieht darin „inzwischen wohl keine realistische Option mehr“. In den stillgelegten Standorten gehe der Rückbau voran, also der schrittweise Abriss. Schon jetzt sei deshalb der Weiterbetrieb in einigen Fällen technisch ausgeschlossen. Weniger pessimistisch sieht es der TÜV Süd in seiner Untersuchung für das bayerische Umweltministerium. Darin geht es unter anderem um den Ende 2021 abgeschalteten Block C des RWE-Kernkraftwerks Gundremmingen. Bisher seien dort keine „Abbaumaßnahmen“ vorgenommen worden, heißt es in dem Papier. Die Prüfung habe ergeben, dass alle weiteren schon eingeleiteten Schritte innerhalb eines halben Jahres zurückgenommen werden könnten. Die erforderlichen betrieblichen Regelungen seien vorhanden. Der Meiler erfülle alle Sicherheitsanforderungen, „so dass nach unserem derzeitigen Kenntnisstand eine Wiederinbetriebnahme aus technischer Sicht möglich ist“.

Wie bedeutsam ist die Kernkraft noch?

Im vergangenen Jahr steuerten sechs Kernkraftwerke etwa sechs Prozent zur Primärenergieerzeugung bei und hatten am Bruttostromverbrauch einen Anteil von knapp zwölf Prozent. Beides war mehr als 2020, was auch an dem schlechten „Windjahr“ lag. Die im laufenden Jahr noch verbliebenen drei Atommeiler decken derzeit etwa sechs Prozent des Stromverbrauchs. Das ist zwar weniger als die Hälfte der Gaskraftwerke. Die AKW könnten diese aber dennoch entlasten, damit das Gas statt in der Elektrizitätserzeugung dort eingesetzt werden kann, wo es sich nicht ersetzen lässt, etwa in der Industrie oder in Heizungen.

In einem normalen Betriebsjahr produzieren die drei AKW 33 Twh Strom. Dürften sie weiterlaufen, könnten es wegen der verzögerten Brennstoffbereitstellung 2023 vermutlich nur 20 Twh werden, was etwa der Verstromung von vier Milliarden Kubikmetern Gas entspricht. Das neue Ersatzkraftwerkebereitlegungsgesetz von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) sieht vor, bei einer möglichen Gasknappheit Gaskraftwerke vom Netz zu nehmen und ihre Stromerzeugung von Stein- oder Braunkohlekraftwerke übernehmen zu lassen, die sich derzeit nur in der Reserve befinden oder auf den Weg dorthin sind. Den Weiterbetrieb der Kernkraft für denselben Zweck schließt die Bundesregierung aber bisher aus.

GASTKOMMENTAR

Wir sollten die Kernenergie nutzen, um unsere Energieabhängigkeit zu reduzieren

Die Energieminister von zehn EU-Staaten, darunter Frankreich und Tschechien, plädieren in einem Gastkommentar gemeinsam für den Ausbau der Atomenergie.

Heute muss die Stärkung unserer Ambitionen zur Bekämpfung des Klimawandels Teil des Strebens Europas nach strategischer und energiepolitischer Autonomie sein, da Russlands brutale militärische Aggression in der Ukraine ein Umdenken in Sachen Energie in Europa erzwungen hat.

Der Kontext für die EU-Taxonomie, die Klassifizierung nachhaltiger Investitionen, vor dem Einmarsch Russlands in die Ukraine war ein anderer als heute. Im Oktober 2021 erklärten wir bereits: „Wenn Europa den Kampf gegen den Klimawandel gewinnen will, braucht es Kernenergie. Sie ist eine lebenswichtige und zuverlässige Ressource für alle, um eine kohlenstoffarme Zukunft zu sichern.“

Heute findet ein Krieg jenseits der EU-Grenzen statt. Aufgrund der unrechtmäßigen Handlungen Russlands bekommen die Bürger und die Industrie der EU die Auswirkungen der hohen und schwankenden Energiepreise zu spüren.

Wenn die EU auf dem Weg zur Dekarbonisierung bleiben und gleichzeitig die Versorgungssicherheit gewährleisten will, müssen wir unsere Haltung gegenüber der Kernenergie entsprechend anpassen. Große Mengen kohlenstoffarmer Elektrizität und kohlenstoffarmer Wasserstoff werden notwendig sein, um den Energiebedarf der Industrie und der Gesellschaft zu decken und das EU-Klimaneutralitätsziel für 2050 zu erreichen.

Die Stromnachfrage wird sich in den nächsten 30 Jahren verdoppeln, und die Zeit zum Handeln ist jetzt gekommen. Die Kernenergie kann als kohlenstoffarme Grundlast-Energiequelle eine wesentliche Rolle in einem Energiemix spielen, der mit der Klimaneutralität vereinbar ist, ohne dass massiv auf Energieimporte zurückgegriffen werden muss. Und es ist erwiesen, dass die Klimaneutralität und die Gewährleistung der Versorgungssicherheit bis 2050 Investitionen in Höhe von

500 Milliarden Euro in neue Kernenergieanlagen erfordern.

Um dieser Herausforderung gerecht zu werden, muss die Kernenergie in die Politik des Green Deals und des „REPowerEU“-Plans einbezogen werden, so wie es in der europäischen strategischen Langzeitvision „Clean Planet for all“ vorgesehen ist, in der eindeutig festgestellt wird, dass die Kernenergie zusammen mit den erneuerbaren Energien das Potenzial hat, das Rückgrat eines kohlenstofffreien europäischen Energiesystems zu bilden.

„Europa braucht eine realistische Strategie“

Die Kernenergie ist in der Lage, verschiedene Herausforderungen zu bewältigen. Erstens ist die Kernenergie in der Lage, bei höchsten Sicherheitsstandards die für die künftige Elektrifizierung erforderlichen Strommengen zu sichern, und sie ist eine Schlüsselkomponente bei der Suche nach einer Lösung, um unsere Abhängigkeit von fossilen Importen aus Russland zu verringern.

Zweitens ist die Kernenergie in Anbetracht der sogenannten Systemkosten und des Wertes der Stabilität eine wettbewerbsfähige Energiequelle, vor allem, wenn man spezielle Finanzierungsregelungen für solch kapitalintensive Projekte in Betracht zieht. Was die Entsorgung radioaktiver Abfälle, auch aus der Medizin oder der Industrie, betrifft, so stehen die Technologien für die Endlagerung zur Verfügung; für hochradioaktive Abfälle gelten geologische Tiefenlager nach heutigem Kenntnisstand als eine geeignete und sichere Lösung, und die Technologie für ihren Bau ist bereits heute verfügbar.

Schließlich braucht Europa eine realistische Strategie für die Wasserstoffherzeugung und sollte sich nicht in hohem Maße von Einfuhren abhängig machen – unter Berücksichtigung der bestehenden Probleme der

Abhängigkeit von Energieeinfuhren. Europa muss seine Kapazitäten zur Erzeugung von klimaneutralem Wasserstoff ausbauen und einen geeigneten Rahmen für die Entwicklung von Wasserstoff aus Kernenergie schaffen.

Der erste Schritt ist bereits im ergänzenden delegierten Rechtsakt der EU-Kommission zur Taxonomie enthalten, der Kriterien für den Bau und den sicheren Betrieb neuer Kernkraftwerke, auch für die Wasserstoffproduktion, festlegt. Dadurch wird die Einführung des Wasserstoff-Ökosystems sowohl vom Umfang als auch vom Zeitplan her realistischer.

Vor diesem Hintergrund schließen sich die Unterzeichner der Stellungnahme von 20 Gewerkschaften an, die belgische, bulgarische, tschechische, finnische, französische, ungarische, litauische, rumänische, slowakische und slowenische Arbeitnehmer im Energiesektor vertreten und die tatsächliche Aufnahme der Kernenergie in die EU-Taxonomie als unerlässlich für die Bekämpfung des Klimawandels und die Erhöhung der Energieunabhängigkeit bezeichnen.

Angesichts der oben genannten Herausforderungen fordern wir die Europäische Kommission auf, ihre Maßnahmen auszuweiten und als einen der nächsten Schritte das hinweisende Nuklearprogramm (PINC) gemäß Artikel 40 des Euratom-Vertrags zu aktualisie-

ren, das einen Überblick über die Ziele und die erforderlichen Investitionen während des gesamten Lebenszyklus der Kernenergie bietet.

Die Autoren:

- *Bulgarien: Alexander Nikolov, Energieminister*
- *Finnland: Mika Lintilä, Wirtschaftsminister*
- *Frankreich: Agnès Pannier-Runacher, Energiewende-Ministerin*
- *Kroatien: Davor Filipović, Wirtschaftsminister*
- *Ungarn: Laszlo Palkovics, Minister für Innovation und Technologie*
- *Polen: Anna Moskwa, Ministerin für Klima und Umwelt*
- *Rumänien: Virgil Daniel Popescu, Energieminister*
- *Slowakei: Richard Sulik, Stellvertretender Ministerpräsident und Energieminister*
- *Slowenien: Bojan Kumer, Minister für Infrastruktur*
Mehr: „Zehn Milliarden Kubikmeter Gas zusätzlich pro Jahr“ – Neue Argumente für Schiefergasförderung

Welt.de | 03.07.2022 | S. Online 03.07.2022 14:39 Uhr

WEBLINK

Gutachten-Entwurf: Atommüllzwischenlager nicht notwendig

Laut eines neuen Gutachtens ist der Bau eines Atommüllzwischenlagers im Dreiländereck von Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Hessen nicht notwendig. Niedersachsens Umweltminister Olaf Lies (SPD) präsentierte eine erste Einschätzung zu den Ergebnissen der Untersuchung am Donnerstagabend bei einer Sondersitzung des Umweltausschusses, wie ein Ministeriumssprecher am Freitag in Hannover mitteilte. Das Gutachten liegt bisher lediglich als Vorentwurf vor - in drei bis vier Wochen sei mit der finalen Version zu rechnen.

Lies hatte die Untersuchung zusammen mit dem Gesundheitsminister von NRW, Karl-Josef Laumann (CDU), Ende des vergangenen Jahres in Auftrag gegeben. Das Gutachten enthalte nun starke Hinweise darauf, dass das Bereitstellungs-lager nicht notwendig ist, um das Endlager Schacht Konrad bei Salzgitter zu betreiben, sagte ein Ministeriumssprecher.

Bisher ist vorgesehen, schwach- und mittelradioaktiven Müll in dem sogenannten Zentralen Bereitstellungs-lager "Logistikzentrum Konrad" auf dem Gelän-

de des ehemaligen Atomkraftwerkes Würgassen (Kreis Höxter) an der Weser zu sammeln und anschließend gebündelt nach Salzgitter zu liefern.

"Wir haben schon vor Wochen angekündigt: Sobald uns das Gutachten übermittelt wird, werden wir es gewissenhaft prüfen", teilte ein Sprecher des Bundesministeriums für Umwelt und nukleare Sicherheit mit. Von der zuständigen Bundesgesellschaft hieß es zudem, dass eine Einlagerung im Endlager Konrad zwar ohne Zwischenlager möglich sei. Allerdings könne durch das Logistikzentrum die Einlagerungszeit um zehn Jahre verkürzt und der Betrieb störungsfrei abgesichert werden.

Die örtliche Bürgerinitiative "Atomfreies 3-Ländereck" begrüßte das Ergebnis des Gutachtens. Das Bundesumweltministerium müsse das Vorhaben nun unverzüglich stoppen. Die Initiative kritisiert den geplanten Standort regelmäßig in verschiedenen Punkten. Unter anderem sei die Anbindung schlecht und der Hochwasserschutz nur mit Mühe herzustellen.